

Zuger Zeitung

Samstag, 8. Juli 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 156 | Fr. 3.50 | € 4.- www.zugerzeitung.ch



Abgeschwächt

Der Franken gibt zum Euro leicht nach. Dieser testet die Marke von 1.10 Franken. 9

Stadt Zug bringt Weltneuheit

Digitale Identität Ab September 2017 bietet die Stadt Zug als weltweit erste Gemeinde ihren Einwohnern die Möglichkeit, eine digitale Identität zu bekommen. Diese basiert auf einer Smartphone-App, die persönliche Daten mit Hilfe von Blockchain-Technologie sichert. Die Stadt muss die Identität beglaubigen, dafür müssen willige Personen einmalig auf dem Einwohneramt vorbeikommen. Gezwungen werde sicher niemand, sagte Stadtpräsident Dolfi Müller gestern anlässlich der Präsentation des neuen Systems. Dieses soll ab Anfang 2018 auch Dienstleistungen der Stadt einschliessen, dereinst auch Abstimmungen via PC. (lb) 19

Zwei Projekte für das Lagerhaus

Cham Das Lagerhaus auf dem Papieri-Areal soll einen neuen Nutzer bekommen. Dafür wurde ein Ideenwettbewerb lanciert. Rolf Ineichen, Chamer Bauehr und Jurymitglied, bestätigt: «Wir haben uns in der Jury einstimmig entschieden, die grosse Fläche von 600 Quadratmetern nicht nur einer Organisation zur Verfügung zu stellen.» Wie Recherchen unserer Zeitung ergeben haben, handelt es sich dabei um das Projekt des ortsansässigen Kampfkunstvereins Shinson Hapkido und um dasjenige der Interessengemeinschaft (IG) Langhuus. Die beiden haben nun Zeit bis Ende August für eine Züder Absage. (mua) 21

Zielland Schweiz weniger beliebt

Asylgesuche Immer weniger Flüchtlinge aus Eritrea finden den Weg in die Schweiz. Die seit 2015 stark rückläufigen Zahlen führt der Sprecher des Staatssekretariats für Migration (SEM), Martin Reichlin, darauf zurück, dass deutlich weniger Eritreer über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien kommen. Zum anderen habe die Schweiz als Zielland für eritreische Flüchtlinge an Attraktivität verloren, sagt Reichlin, der diese Entwicklung auch auf die «konsequente Anwendung des Dublin-Abkommens» zurückführt.

Laut SEM kommt es in Eritrea zu schweren Menschenrechtsverletzungen, etwa Folter. (red) 5

Bahn frei für alte Bergstrecke

Verkehr Ab 2020 wird die Südostbahn einige Strecken für die SBB betreiben. Mit dabei ist die alte Bergstrecke durch den Gotthard – davon profitiert auch Luzern.

Martina Odermatt

Die Südostbahn (SOB) bringt die Gotthard-Bergstrecke zurück aufs Tapet: Ab Dezember 2020 wird die SOB zwei Linien für die SBB betreiben und bringt das Tessin und die Zentralschweiz so einander wieder etwas näher. Einerseits ist das die Linie Bern-Zürich-Chur. Andererseits sind das auch die Strecken von Zürich via Arth-Goldau über die Gotthard-Panoramaroute nach Lugano/Locarno respektive von Basel über Luzern direkt über die Panoramaroute nach Lugano/Locarno.

Noch ist offen, ob der Zug bis Lugano oder Locarno fährt. Fest steht jedoch bereits, dass die Züge alternierend alle zwei Stunden

«Man sieht, dass das Bedürfnis wie auch das Potenzial da ist.»



Damian Müller
Luzerner Ständerat (FDP)

den von Basel und Zürich abfahren. Für Passagiere ab Luzern heisst das: Alle zwei Stunden fährt ein direkter Zug über die Panoramastrecke.

Wieder auf dem Stand vor der Neat

Karin Blätter, Präsidentin von Pro Bahn, Sektion Zentralschweiz, ist «äusserst zufrieden» darüber, dass die SOB die Gotthard-Bergstrecke bald regelmässig befahren wird. «Unsere Kritik war anscheinend berechtigt.» Schade sei nur, dass man nach dem Ausbau der Neat die Bergstrecke abgebaut hatte. Nun sei man ab 2020 wieder auf dem Standard, der vor dem Bau der Neat üblich war.

Auch der Luzerner Ständerat Damian Müller (FDP) findet es

«hervorragend», dass die Zentralschweiz und das Tessin wieder näher zusammenrücken. «Man sieht, dass das Bedürfnis wie auch das Potenzial da ist», sagt er und bedauert zugleich, dass dies für die SBB nicht möglich war. «Wenn die SOB diese Strecke rentabel betreiben kann, die SBB aber nicht, dann müssen sich die SBB fragen, was sie falsch machen», sagt Müller.

Hintergrund der Zusammenarbeit der beiden Bahnunternehmen ist die Neuvergabe der Fernverkehrskonzession beim Bundesamt für Verkehr (BAV). Die SBB werden diesen Vorschlag beim BAV einreichen. Für ihre Leistung wird die SOB von den SBB abgegolten.

Kommentar 6. Spalte

5

In Hamburg liegen die Nerven blank



G20-Gipfel Schwere Krawalle und ein massives Polizeiaufgebot haben die Bilder vom gestrigen Auftakt des G20-Gipfels in Hamburg geprägt. Um teils gewalttätige Demonstrationen aufzulösen, hat die Polizei Wasserwerfer und Pfefferspray eingesetzt. Verletzte gab es auf Seiten der Polizei ebenso wie auf jener der Gipfelgegner. 3

Bild: Massimo Percossi/Keystone (7. Juli 2017)

Kommentar

Angriffslust wird belohnt

Aus der strategischen Kooperation zwischen SBB und SOB gehen beide Eisenbahnverkehrsunternehmen erhobenen Hauptes hervor. Statt Konfrontation wird es künftig Zusammenarbeit geben. Und das ist gut so. Die Südostbahn wird zwei Linien der SBB mit eigenem Rollmaterial und in Eigenverantwortung fahren, aber unter dem Dach der SBB und mit gemeinsamem Siegel. Die SOB liefert Konzept und Betrieb, den SBB bleibt zugleich die historische und prestigereiche Strecke am Gotthard erhalten.

Nüchtern betrachtet ist das gestern präsentierte Ergebnis im Hinblick auf den künftigen Betrieb der Gotthard-Panoramastrecke aber primär ein Erfolg für das Bahnunternehmen mit Sitz in St. Gallen. Ohne den erklärten Willen und die Angriffslust der Südostbahn, dort wieder einen Fernverkehr und ein touristisches Angebot einzurichten, welche diesen Namen auch wirklich verdienen, wäre möglicherweise nichts passiert.

Offenbar haben die SBB unter diesem Druck verstanden, dass ihr viel kritisiertes Angebot mit Umsteigen in Erstfeld und dem Einsatz von S-Bahn-Zügen weder kundenfreundlich noch zukunftsträchtig ist. Beide Bahnunternehmen bekennen sich nun zur Notwendigkeit von direkten Zügen aus der Deutschschweiz über die historische Bergstrecke ins Tessin. Die Interregiozüge, die vor Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels bestens funktionierten, werden so im Nord-Süd-Fernverkehr reaktiviert – mit besseren Verbindungen, besserem Rollmaterial und besserem Service. Darauf darf man sich freuen. Schade nur, dass dies erst 2020 passiert. Aber lieber spät als nie.



Gerhard Lob
schweiz@luzernerzeitung.ch

Kooperation statt Konfrontation

Bahnverkehr Die Südostbahn soll ab Dezember 2020 für die SBB zwei Fernverkehrslinien betreiben, darunter die Gotthard-Bergstrecke. Die Kundenorganisation Pro Bahn Schweiz ist begeistert – Komfort und Angebot werden besser.

Gerhard Lob

Kleine Revolution im Fernverkehr auf der Schiene: Die Südostbahn (SOB) soll ab Ende 2020 von Basel und Zürich jeweils direkte Züge via Arth-Goldau und Gotthard-Panoramastrecke ins Tessin fahren. Zudem soll sie auf der Strecke Bern-Burgdorf-Langenthal-Olten-Zürich-Pfäffikon-Ziegelbrücke-Sargans-Chur mit eigenem Rollmaterial unterwegs sein – mit den als Voralpen-Express bekannten Zügen. Einen entsprechenden Kooperationsvertrag unterzeichneten die Bahnunternehmen gestern in Zürich. Beide Linien sollen im sogenannten Co-Branding «SOB-SBB» auftreten – ein Novum. Für ihre Leistung im Fernverkehr wird die SOB von den SBB abgesehen. Diese werden den Vorschlag im September im Rahmen der Neuvergabe der Fernverkehrskonzession beim Bundesamt für Verkehr einreichen.

Diese Lösung kommt überraschend. Die SOB wollte eigentlich ein eigenes Konzessionsgesuch für den Fernverkehr auf zwei Strecken beantragen. Doch die intensiven Gespräche in den letzten Monaten haben Früchte getragen. «Beide Seiten haben Schritte aufeinander zu gemacht, sich geöffnet und Vorurteile über Bord geworfen», sagte SOB-CEO Thomas Küchler. Im Gotthard-Verkehr bedeutet dies konkret, dass mit der Eröffnung des Ceneri-Basistunnels 2020 die einstigen Interregio-Verbindungen von der deutschen Schweiz ins Tessin via Panoramastrecke reaktiviert werden. Das momentane, scharf kritisierte Konzept mit Umsteigen in Erstfeld und S-Bahn-Zügen hat damit gezählte Tage. Die

Züge von Basel und Zürich sollen dereinst jede Stunde alternierend bis nach Lugano oder Locarno verkehren. Bis Herbst soll geklärt werden, welche Bedürfnisse das Tessin hat. Mit der direkten und umsteigefreien Verbindung aus dem Rheintal mit Zürich und Bern soll hingegen der Korridor Ostschweiz aufgewertet werden.

Neues Rollmaterial mit mehr Komfort

Die SOB will für ihre Fernverkehrsstrecken neues Rollmaterial einsetzen. Es handelt sich um die Züge des Typs Flirt III, die sie bereits für Ende 2019 für den Voralpen-Express bestellt hat. Für ihren Einsatz im Fernverkehr werden die Fahrzeuge mit zusätzlichen Komfortmerkmalen ausgestattet. Dazu gehören beispielsweise die 2:1-Bestuhlung in der 1. Klasse oder ein Familienwagen.

Auf die neue Perspektive am Gotthard reagierte die Kundenvereinigung Pro Bahn Schweiz enthusiastisch. «Das ist wie ein Befreiungsschlag – ein echter Aufsteller», sagt Präsidentin Katrin Blättler. Die Luzernerin hatte das bestehende Gotthard-Konzept hart kritisiert und sich dafür eingesetzt, dass via Panoramastrecke wieder ein echter Fernverkehr ins Leben gerufen wird. Denn es wurde ein langsames Absterben dieser historischen Verbindung befürchtet. Ein Wermutstropfen bleibt laut Blättler die Tatsache, dass der momentane Fahrplan am Gotthard noch drei Jahre beibehalten wird.

Das Bundesamt für Verkehr begrüsst es, dass sich SBB und SOB geeinigt haben. «Wir hoffen, dass auch die anderen Gespräche unter den Bahnen zu einer Einigung in geeigneter



Die SOB steigt in den Fernverkehr ein.

Bild: Michel Canonica

David und Goliath

Die SBB befinden sich zu 100 Prozent im Besitz des Bundes. Im Jahr 2016 beförderten sie 458,4 Millionen Passagiere und zählten knapp 30 000 Mitarbeitende. Die SBB hat das Monopol auf den Fernverkehr. Die SOB betreibt bisher ausschliesslich Regionalverkehr, hat mit dem Voralpenexpress VAE (St. Gallen-Arth-Goldau-Luzern) aber einen Paradezug über eine längere Distanz. Ihr grösster Eigentümer ist der Bund mit einem Anteil von knapp 36 Prozent, der Kanton St. Gallen hält knapp 20 Prozent der Aktien, der Kanton Schwyz und die politische Gemeinde St. Gallen jeweils etwas mehr als 5 Prozent. Die Zahl der transportierten Fahrgäste beträgt 12,9 Millionen, die Mitarbeitenden teilen sich 544 Vollzeitstellen. (lob)

Form führen», sagte Sprecher Gregor Saladin. Damit ist die BLS gemeint, die sich – und nicht zur Freude der SBB – für drei Fernverkehrsverbindungen interessiert. Konkret möchte die BLS das Wallis und das Berner Oberland mit dem Flughafen Zürich-Kloten verbinden und die Strecke Interlaken-Basel übernehmen. Wird es eine ähnliche Kooperation wie mit der SOB allenfalls auch zwischen SBB und BLS geben? «Wir streben weiterhin eine eigenständige Lösung an, die uns ermöglicht, gewisse Fernverkehrslinien selbstständig zu betreiben», sagte BLS-Mediensprecher Matthias Abplanalp auf Anfrage. Man stehe diesbezüglich «in konstruktiven Verhandlungen mit den SBB».

Weniger Asylsuchende aus Eritrea

Migration Die Zahl der Asylgesuche von Personen aus Eritrea ist deutlich gesunken. Dies, weil weniger Eritreer nach Italien kommen – und weil die Schweiz als Zielland weniger beliebt ist.

Die Menschenrechtslage in Eritrea ist schlecht. Wie schlecht, ist schwierig zu beurteilen. Ausländischen Besuchern ist es kaum möglich, einen Blick hinter die Fassade zu werfen. Die Einschätzung des Staatssekretariats für Migration (SEM) zeigt jedenfalls kein schönes Bild: Vor allem im Rahmen des Nationaldienstes, der für Frauen und Männer obligatorisch und zeitlich nach wie vor unbeschränkt ist, komme es zu Menschenrechtsverletzungen. Aber auch Regierungskritiker müssen damit rechnen, ohne Verfahren inhaftiert zu werden, nicht selten werden sie gefoltert. Nach wie vor verlassen jeden Monat Tausende ihr Heimatland.

Den Weg in die Schweiz finden allerdings immer weniger von ihnen: 2015 gingen noch fast 10 000 Asylgesuche von Personen aus Eritrea beim Bund ein, im vergangenen Jahr war es nur noch etwa die Hälfte. Und im laufenden Jahr setzt sich der Rückgang fort: Bis Ende Mai zählten die Behörden erst rund 1400 Gesuche von Eritreern. Zwar ist die Zahl der Asylgesuche seit 2015 gesamtthaft zurückgegangen. Doch die Zahl der Gesuche aus

Eritrea ist auch relativ rückläufig: Vor zwei Jahren machten sie noch 25 Prozent aller Gesuche aus, im laufenden Jahr waren es bis Ende Mai nur noch rund 19 Prozent.

Gemäss SEM-Sprecher Martin Reichlin hat dies einerseits mit den Anlandungen in Italien zu tun: «Zuletzt suchten vor allem Personen aus Westafrika und Bangladesch den Weg über das zentrale Mittelmeer.» Demgegenüber sei die Zahl der Personen aus Ostafrika – und damit auch aus Eritrea – zurückgegangen. Andererseits hat die Schweiz für jene Eritreer, die den Weg nach Europa finden, an Attraktivität eingebüsst.

Deutschland und Schweden sind beliebter

Im vergangenen Jahr gehörte die Schweiz bei den Gesuchen aus Eritrea zwar immer noch zur europäischen Spitze. Nur Deutschland und Italien zählten noch mehr Asylsuchende aus dem ostafrikanischen Land. Inzwischen wolle aber die Mehrheit der Eritreer, die das Grenzschutzkorps im Tessin aufgreife, nach Deutschland, Schweden oder in die Niederlande weiterreisen,

schreibt das SEM. «Die konsequente Anwendung des Dublin-Abkommens durch die Schweiz hat wohl zu dieser Entwicklung mit beigetragen», sagt Reichlin. Asylsuchende müssen damit rechnen, ins Erstaufnahmeland überstellt zu werden. Dazu kommt, dass die Schweiz Gesuche von Personen mit guten Aussichten auf ein Bleiberecht nicht prio-

«Die Anziehungskraft eines Landes hängt massgeblich von den Gerüchten ab, die unter den Asylsuchenden kursieren.»

Constantin Hruschka
Schweizerische Flüchtlingshilfe

ritär behandelt. Gesuche aus Eritrea gehören in diese Kategorie. Constantin Hruschka von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe sagt hingegen: «Die Anziehungskraft eines Landes hängt massgeblich von den Gerüchten ab, die unter den Asylsuchenden kursieren.» In diese Kategorie falle etwa die Falschmeldung, wonach die deutsche Bundeskanzlerin Ange-

la Merkel Hunderttausende Jobs für Flüchtlinge schaffen wolle. Über Detailinformationen zur Asylpraxis eines Landes verfügten die Menschen, die sich auf den Weg nach Europa machen, hingegen nur selten.

Entsprechend vernachlässigbar sei auch der Effekt der Praxisverschärfung für Asylsuchende aus Eritrea, so Hruschka. Seit

2000 Geburten während Asylverfahren

Die Zahl der Asylgesuche ist nicht deckungsgleich mit der Zahl der Asylsuchenden, die effektiv in die Schweiz gereist sind. Bei rund einem Drittel aller Gesuche, die in den ersten drei Monaten 2017 von Personen aus Eritrea gezählt wurden, handelte es sich um Geburten während des Asylverfahrens. Insgesamt wurden von Januar bis März 320 Kinder von eritreischen Gesuchstellern geboren, wie der Bundesrat kürzlich auf eine Anfrage aus dem Parlament festhielt.

Diese Kinder werden in das Asylgesuch der Eltern einbezogen, tauchen aber ebenfalls in der

Asylstatistik auf. Im letzten Jahr gab es rund 2000 Geburten während des Asylverfahrens, wie das Staatssekretariat für Migration auf Anfrage mitteilt. In fast 600 Fällen stammten die Eltern aus Eritrea. Wenn die Eltern bei der Geburt bereits als Flüchtlinge anerkannt sind, das Asylverfahren also abgeschlossen ist, dann erhält auch das Kind den Flüchtlingsstatus – «sofern keine besonderen Umstände dagegen sprechen», wie es im Asylgesetz heisst. Im vergangenen Jahr gab es rund 1200 solche Fälle, davon betrafen 740 eritreische Staatsbürger. (bär)

rund einem Jahr werden Eritreer, die das Land zwar illegal verlassen haben, jedoch noch kein Aufgebot für den Nationaldienst erhalten haben, von diesem befreit sind oder bereits entlassen wurden, nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt. In welchem Mass die Praxisanpassung zum Rückgang eritreischer Gesuche beigetragen hat, kann das SEM nicht genau sagen. Reichlin hält allerdings fest: «Die Änderung betrifft nur den kleineren Teil der eritreischen Asylsuchenden.»

In den Augen der Schweizerischen Flüchtlingshilfe stützt sich die Praxisänderung auf eine unzureichende Informationsgrundlage. Es sei alles andere als sicher, dass den abgewiesenen Eritreern bei der Rückkehr tatsächlich keine dramatische Bestrafung mehr drohe. «Unsere Informationen deuten eher darauf hin, dass sich die Menschenrechtslage zuletzt wieder verschlechtert hat», sagt Hruschka. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich Anfang Februar in einem Grundsatzurteil allerdings hinter das Vorgehen der Bundesbehörden gestellt.

Tobias Bär